

Forderungspapier zum Weltflüchtlingstag 2024

Beim Marche des Parapluies (Regenschirmmarsch) am Weltflüchtlingstag unter dem Motto „Schutz für ALLE! – Denn Menschsein heißt menschlich sein!“ gehen wir in Mainz auf die Straße, um gemeinsam ein klares Zeichen der Solidarität und Menschlichkeit mit Menschen auf der Flucht zu setzen. Dabei setzen wir uns für eine menschliche Flüchtlingspolitik, das uneingeschränkte Recht auf Asyl und eine menschenwürdige Behandlung von Schutzsuchenden ein.

Wir fordern alle gewählten Vertreter:innen auf allen Ebenen des politischen Systems Deutschlands und der EU auf, ihrer Verantwortung zur Wahrung der universellen Menschenrechte sowie der Genfer Flüchtlingskonvention gerecht zu werden. Nutzen Sie Ihre Position, um das Recht auf Schutz für alle Menschen gleichwertig durchzusetzen!

Eine menschliche Flüchtlingspolitik

Die öffentliche Debatte zum Thema Flucht und Asyl ist von rassistischen Vorurteilen und stereotypem Denken gegenüber Menschen auf der Flucht geprägt. Geflüchtete werden für Probleme verantwortlich gemacht, die durch politisches „Nicht-Handeln“ in den letzten 20 Jahren u.a. im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich entstanden sind. Schutzsuchende werden als Eindringlinge dargestellt, die es gilt, loszuwerden. Dabei sind sie schlicht Menschen. Menschen in einer Notsituation. Europäische Werte haben keinen Wert, wenn sie nicht für alle gelten. Die humanitäre Verantwortung verpflichtet die Gesellschaft, allen Menschen in Not zu helfen. Europäische Solidarität darf nicht nur für *weiße* Menschen im globalen Norden gelten.

Deshalb fordern wir:

- Nutzen Sie keine rassistischen und diffamierenden Behauptungen über Geflüchtete!
- Setzen Sie sich dafür ein, dass Schutzsuchende als Menschen wertgeschätzt werden, denen – wie uns allen – Würde und Respekt gebührt!
- Ergreifen Sie Partei, wenn geflüchtete Menschen rassistisch beleidigt oder angegriffen werden!
- Gestalten Sie eine Debatte, die von Respekt, Empathie und Gerechtigkeit geprägt ist!
- Engagieren Sie sich für Maßnahmen, die die Gleichberechtigung und Würde aller Menschen gewährleisten!

Uneingeschränktes Recht auf Asyl

Mit der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) werden Verstöße gegen zentrale Rechtsgrundsätze in der gesamten EU zur Normalität. Ein Schutzgesuch kann die Menschen nicht mehr vor Abschiebung in unsichere Staaten, willkürlicher Festnahme, Inhaftierung und allen möglichen anderen negativen Folgen für ihre Grundrechte schützen. Aus dem Völkerrecht geht jedoch eindeutig hervor, dass der Zugang zum Asylsystem für alle Menschen uneingeschränkt gewährt werden muss. Schutzsuchende Menschen dürfen nicht pauschal abgewiesen werden, denn ihre individuellen Fluchtgründe müssen sorgfältig geprüft werden.

Deshalb fordern wir:

- Setzen Sie sich dafür ein, dass im Umsetzungsplan der Bundesregierung Menschen- und flüchtlingsrechtliche Schutzstandards gewahrt werden, wie z.B. Achtung des Gebots der Nichtzurückweisung, Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung, menschenwürdige Unterbringung, keine Erweiterung der Liste der Sicheren Herkunftsländer.
- Engagieren Sie sich für die Sicherstellung von fairen und gründlichen Asylverfahren, die das Individuum in den Mittelpunkt rücken und durch Festlegung und Beachtung von Verfahrensstandards eine Verfahrensqualität gewährleisten!
- Setzen Sie sich für sichere und legale Fluchtwege nach RLP ein, zum Beispiel durch ein Landesaufnahmeprogramm oder durch den Beschluss, RLP zum sicheren Hafen zu erklären!

Menschenwürdige Behandlung

Alle Menschen haben die gleichen Grundbedürfnisse. Um diese zu erfüllen, braucht es finanzielle Ressourcen, die der Staat zur Verfügung stellen muss. Leider bekommen aber nicht alle Menschen in Deutschland Leistungen, die das sozialrechtliche Existenzminimum sicherstellen. Denn Schutzsuchende erhalten zum Leben lediglich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dies hat auch enorme Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung der betroffenen Menschen. Denn innerhalb der ersten 36 Monate haben sie nur eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Darunter leiden vor allem Menschen mit Behinderungen sowie chronischen und psychischen Erkrankungen enorm.

Die neu beschlossene Bezahlkarte untergräbt die Menschenwürde der Geflüchteten zusätzlich, da sie die Autonomie und Entscheidungsfreiheit der Betroffenen beschränkt und sie in eine Position der Abhängigkeit und Entmündigung versetzt.

Auch durch die Einführung einer Arbeitspflicht für Geflüchtete wird das rassistische Narrativ über Schutzsuchende, denen zu Unrecht unterstellt wird, nicht arbeiten zu wollen, reproduziert. Dabei sind die hausgemachten gesetzlichen Restriktionen und komplizierten Verbote, die den Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende und Geduldete versperren, der Grund, dass viele Geflüchtete nicht arbeiten – nicht eine fehlende Arbeitsbereitschaft bei den Menschen.

Deshalb fordern wir:

- Setzen Sie sich für die Abschaffung des AsylbLG ein!
- Machen Sie sich für den uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete stark!
- Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune keine Bezahlkarte eingeführt wird!

Unterzeichner:innen:

- Amnesty International Deutschland e.V.
- Arbeit und Leben gGmbH
- Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.
- Bleiberecht und Perspektiven (BuP)

- civi kune RLP
- Die Linke Mainz/Mainz-Bingen
- Fallschirm Mensch e.V.
- Flüchtlingsrat RLP e.V.
- Fridays For Future Mainz
- Grüne Jugend Rheinland-Pfalz
- INBI- Institut zur Förderung von Bildung und Integration
- Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
- Kanun e.V. - Deutsch Iranischer Verein für Vielfalt und Integration Rheinland-Pfalz
- Mainzer Flüchtlingsrat
- Medinetz Mainz
- Ökumenischen Flüchtlingshilfe Oberstadt e.V.
- Omas gegen Rechts – Mainz
- Sea Punks e.V.
- Soligruppe INGA
- SOLWODI Rheinland-Pfalz e.V.
- Verein Säkularer Islam Rheinland-Pfalz e.V.
- ZAN Hilfsorganisation zur Förderung der Rechte afghanischer Frauen e.V.